

# **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

Sitzungsort:  
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 19.00 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Beigeordneter Wilhelm Leeker - Vorsitzender -  
Ratsfrau Herta Everwien  
Ratsherr Hans Grigull  
Beigeordneter Jürjen Heinks  
Ratsfrau Inge Hoffmann  
Ratsherr Horst Jahnke  
Ratsherr Wilhelm Jerems  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Johann Südhoff

für Beigeordneten Haase

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken

### **CDU**

Ratsherr Ahlrich Groeneveld  
Ratsfrau Monika Hoffmann  
Beigeordneter Heinz Werner Janßen  
Ratsherr Nils Köhler

für Ratsherrn Hegewald

(bis 18.30 Uhr)

### **F.D.P.**

#### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

Ratsherr Erich Bolinius

### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt  
Stadtangestellter Thomas Schnieders  
Stadtamtmann Egon Philipps als Protokollführer  
Stadtamtfrau Beate Stomberg  
Dipl.-Ing. Nils Andersson  
Stadtangestellter Frank Rogga

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Leeker** eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 24.05.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 24.05.2000 wird genehmigt

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1206  
Abfallsatzung der Stadt Emden

**Herr Hemken** regt an, vor einer Abstimmung zu den einzelnen Tagesordnungspunkten Grundsätzliches zum Thema Abfall und Abfallgebühren zu erörtern.

**Herr Jahnke** führt aus, dass die Gebührenerhöhung nicht wünschenswert sei, jedoch das Defizit dazu zwingt. Er wendet jedoch ein, dass seitens der Verwaltung eine frühere Information erforderlich gewesen wäre. Für die SPD-Fraktion schlägt er daher vor, dass ab dem 01.07.2000 eine geringere Erhöhung festgesetzt werden solle. Diese Erhöhung liege unter 20 %.

Nach eingehender Prüfung und Diskussion stimme seine Fraktion und er der Einführung eines Verwiegesystems zum 01.01.2001 zu. Er gehe davon aus, dass bezüglich der Müllmenge ein Einsparpotential vorhanden sei und dadurch für den Bürger sich Möglichkeiten ergeben, die Gebühren zu reduzieren. Er weise jedoch auch darauf hin, dass die Einführung des Systems sich sicherlich nicht unproblematisch gestalten werde.

Darüber hinaus rege er an, bei der Sperrgutabfuhr vorab das Sperrgut auf eventuell wiederverwertbare Möbel ggfs. durch die Beschäftigungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Bei einer Selbstanlieferung von Kühlgeräten solle statt 80,00 DM lediglich 35,00 DM erhoben werden. Es sei davon auszugehen, dass die Verwiegung zu einer Verbesserung des Kostenbewusstseins führen werde. Darüber hinaus stelle er die Forderung auf, dass der BEE als Eigenbetrieb eingerichtet werde.

Anschließend erläutert **Herr Schnieders** den geänderten Tarif über Gebühren und Beitragssätze der Abfallbeseitigung anhand einer Folie, welche als Kopie verteilt wird. Dabei sind die Änderungen, die sich durch den SPD-Antrag ergeben, und weitere Verwaltungsänderungen zusammengefasst berücksichtigt. Er weist darauf hin, dass die aktuelle Rechtsprechung es erfordert, dass die Grundgebühr unter 50 % der Gesamtgebühr unabhängig von der Aufteilung zwischen fixen und variablen Kosten sein müsse. Daher sei es auch zu den Änderungen der Verwaltung gekommen. Durch diese Neuaufteilung sei aber keine Änderung zur bisherigen Gesamthöhe eingetreten.

**Herr Janßen** begrüßt grundsätzlich die Einführung des Verwiegesystems und dankt für das zur Verfügung gestellte Zahlen- und Informationsmaterial. Für den Bürger werden Anreize geschaffen, Müll einzusparen. Die jetzt geplante Erhöhung (unter 20 %) verschiebe jedoch lediglich die Belastung. Bei der Sperrmüllabfuhr eventuell wiederverwertbare Möbel über die Beschäftigungsgesellschaft zu verwerten, begrüße er grundsätzlich. Er hoffe, dass bei Ein-

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

führung des Verwiegesystems tatsächlich eine Müll einsparung erzielt werde. Lediglich dann seien die vorgelegten Zahlen gesichert.

Es müsse jetzt eine Aufklärung zum Verwiegesystem durch Politik und Verwaltung erfolgen. Die CDU-Fraktion werde jedoch ihre Zustimmung nicht erteilen, da die Sperrgutproblematik nicht im Sinne seiner Fraktion gelöst worden sei.

**Herr Renken** führt aus, dass zur Deckung des Defizits nach bisheriger Berechnung eine 30 %ige Erhöhung erforderlich gewesen sei, nunmehr solle jedoch eine 20 %ige Erhöhung ausreichend sein. Des Weiteren sei die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Gewerbesteuererinnahmen im Hinblick auf das Duale System nicht beantwortet worden. Er wendet ferner ein, dass auch die Streckung der Abfuhrintervalle der gelben Tonnen zu einer Kostensenkung führen würde.

Problematisch sei ferner, dass der Modellversuch in Port Arthur/Transvaal zehn Jahre lang durch den Gebührenhaushalt gedeckt worden sei.

Eine Kostendeckung müsse zwar erreicht werden, aber eine Transparenz sei darüber hinaus erforderlich. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse der BEE als Eigenbetrieb eingerichtet werden.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei grundsätzlich vom Verwiegesystem überzeugt, die 240 l-Tonne solle jedoch weiterhin beibehalten werden und zum 01.01.2001 solle nicht eine flächendeckende Einführung erfolgen, sondern es solle mit einer Pilotphase begonnen werden. Ab dem 01.07.2001 solle mit den daraus gewonnenen Erfahrungen eine flächendeckende Einführung umgesetzt werden. Im Jahre 2002 solle dann die Einführung der Bio-Tonne nochmals geprüft werden, insbesondere im Hinblick auf die diesbezüglich vorliegende Stellungnahme der Bezirksregierung Weser-Ems.

**Herr Bolinius** wendet im Hinblick auf die Reduzierung der geplanten Gebührenerhöhung ebenfalls ein, dass bislang offensichtlich falsch gerechnet worden sei. Wie bereits im Antrag aller Fraktionen vom 08.05.2000 geschehen, fordere er erneut einen klaren Vergleich mit privaten Anbietern. In dem Antrag aller Fraktionen sei gefordert worden, es sollten vergleichbare private Angebote bezüglich der Müllentsorgung eingeholt werden. Da bislang keine entsprechenden Angebote vorgelegt worden seien, könne ein Vergleich nicht aufgestellt werden, so dass die F.D.P-Fraktion die Gebührenerhöhung ablehnen müsse.

Zur Sperrgutabfuhr wendet er ein, dass aus seiner Sicht diese grundsätzlich kostenlos erfolgen müsse, eine Kompromisslösung sei eine einmalige kostenlose Abfuhr pro Jahr und eine Gebühr in Höhe von 50,00 DM für weitere Sperrgutabfuhr. Eine Bio-Müllabfuhr lehne er jedoch aus Gesundheits- und Kostengründen ab. Auch die F.D.P. sei grundsätzlich für die Einrichtung des BEE als eigenständigen Eigenbetrieb. Hier liege dem Oberbürgermeister jedoch ein Fragenkatalog zu diesem Thema vor, so dass eine grundsätzliche Entscheidung erst nach Klärung dieser Fragen getroffen werden könne.

**Herr Hemken** trägt vor, dass nach Vorlage des Vorschlages der SPD dieser geprüft und durchgerechnet worden sei. Das Ergebnis dieser Prüfung unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zu den Abfallgebühren sei in den vorliegenden Tarif eingeflossen. Das Duale System habe den Müllgebührenhaushalt einerseits erheblich entlastet, jedoch andererseits auch zu einer Steuerpflicht geführt, welche seitens des Finanzamtes festgestellt worden sei. Beides müsse in der Kostenrechnung berücksichtigt werden. Die Gewerbesteuer müsse jedoch aus rechtlichen Gründen im Steuerhaushalt verbleiben und könne nicht in den Gebührenhaushalt einfließen.

Auch die Verwaltung strebe einen Eigenbetrieb BEE an. Es müssen jedoch sowohl die ertragreichen als auch defizitären Bereiche integriert werden. Zudem müssen für die Gebüh-

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

renhaushalte die Einhaltung der abgabenrechtlichen Vorschriften und Voraussetzungen bei der Gebührenermittlung bzw. -berechnung gewährleistet sein. Diesbezüglich müsse noch eine Lösung herausgearbeitet werden.

Die 30 %ige Erhöhung, welche ursprünglich für das 2. Halbjahr 2000 geplant war, hätte nach Ausführung von **Herrn Schnieders** in Höhe von 500.000,00 DM zur Defizitabdeckung beigetragen. Die jetzt geplante Erhöhung um 20 % erreiche diese Defizitabdeckung nicht, so dass, um in den nächsten drei Jahren das Gesamtdefizit abdecken zu können, die Grundgebühr im Verwiegesystem von 70,00 auf 73,00 DM angehoben werden müsse.

Die kalkulatorischen Kosten seien korrekt in der Abfallbeseitigung erfasst. Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2000 gibt er bekannt, dass der Modellversuch Port Arthur/Transvaal pro Jahr ca. 150.000,00 DM koste. Im Hinblick auf das Duale System sei anzumerken, dass noch Gespräche zwischen dem Finanzamt, der Wirtschaftsprüfung und der Stadt geführt werden, in denen Steuernachzahlungen noch geklärt werden.

**Herr Janßen** führt nochmals aus, dass die 20 %ige Erhöhung lediglich die Belastung in die folgenden Jahre verschiebe. Er bittet um Mitteilung, wie sich die seitens der SPD beantragten Änderungen im Einzelnen auswirken.

**Herr Jahnke** trägt vor, dass seitens der SPD die 20 %ige Erhöhung gewollt sei, um jetzt eine maßvollere Erhöhung der Gebühren zu erreichen. Darüber hinaus würde die damit verbundene Erhöhung der Grundgebühr im Verwiegesystem von 70,00 auf 73,00 DM Planungssicherheit geben, falls es zu mehr Mülleinsparungen als geplant kommen werde. Er fordere nochmals die Eigenverantwortung des BEE, aber es sei darüber hinaus auch zu berücksichtigen, dass z. B. die Erhebung der Schmutzwassergebühren durch die Stadtwerke Emden GmbH zu einer Steuerpflicht führe, welche den Gebührenschuldner letztlich belastete.

**Herr Bolinius** weist darauf hin, dass die Thematik Schmutzwassergebühren/Stadtwerke Emden in einem Anfrageschreiben an die Verwaltung aufgenommen worden sei. Er bittet um Erläuterung, wie die Erhöhung bei einem Vier-Personenhaushalt sich auswirke. Des Weiteren bittet er um Erklärung, weshalb nicht eine aktuelle Abdeckung des Defizits angestrebt werde (pro Jahr).

**Herr Hemken** führt dazu aus, dass die Grundgebühr in Höhe von 73,00 DM ab dem 01.07.2000 gelte und für den Gebührenhaushalt ein Drei-Jahres-Rhythmus gelte. Beim SPD-Vorschlag werde im ersten Halbjahr nur ein geringerer Teil des Defizits abgebaut, der in den folgenden Jahren durch die erhöhte Grundgebühr wieder ausgeglichen werde.

Es schließt sich eine weitere Diskussion zwischen den **Herren Schnieders, Bolinius, Jahnke, Renken** und **Janßen** an. **Herr Leeker** stellt dabei fest, dass die Diskussion grundsätzlich durch die kurze Vorbereitungszeit belastet sei und bittet daher zukünftig die Verwaltung sicherzustellen, dass die Informationen eher vorgelegt werden.

**Herr Röttgers** stellt abschließend fest, dass das Einsparpotential bezüglich der Müllmenge sehrwohl höher sein könne. Hier seien Beispiele in Höhe von 40 % bis 50 % bekannt. Die einkalkulierte Größe in Höhe von 35 % Einsparung stelle daher die untere Grenze dar.

**Herr Leeker** lässt nun über den Punkt 4. -Vorlage 13/1206- Abfallsatzung der Stadt Emden abstimmen.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

**Beschluss:** Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:  
  
Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Abfallsatzung der Stadt Emden

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 5:** Vorlage 13/1200  
Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.07.2000

**Herr Hemken** weist darauf hin, dass die geänderte Vorlage hier zur Abstimmung anstehe mit den Änderungen auf Grund des Antrages der SPD und den Verwaltungsänderungen. (Für die weitere Beschlussfassung wird eine Strichvorlage erstellt).

**Beschluss:** Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:  
  
Der Rat beschließt die der Vorlage 13/1200 als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.07.2000.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 5

**Punkt 6:** Vorlage 13/1207  
Änderung der Abfallsatzung der Stadt Emden zum 01.01.2001

**Beschluss:** Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:  
  
Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Änderung zur Abfallsatzung der Stadt Emden zum 01.01.2001

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 7:** Vorlage 13/1225  
Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.01.2001 - Alternative

Für die weitere Beschlussfassung wird eine Strichvorlage erstellt.

**Beschluss:** Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:  
  
Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung zum 01.01.2001 - Alternative.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 5

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

Punkt 8: Vorlage 13/1226  
Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung zum 01.01.2001 - Alternative

Die Vorlage wird seitens der Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 9: Vorlage 13/1227  
Friedhofssatzung der Stadt Emden

Beschluss: Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Rat beschließt die dieser Vorlage als Anlage beigefügte Friedhofssatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 10: Vorlage 13/1237  
I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000

**Herr Jahnke** führt aus, dass die SPD die vorgelegte Nachtragshaushaltssatzung begrüße, insbesondere auf Grund der positiven Auswirkungen für die Innenstadt, für die Schulen und im Hinblick auf die Kapitalerhöhung der Stadtwerke Emden.

Es werde auf die Aufnahme dreier Ansätze für die Feuerwehr Uphusen, für einen Wanderweg Deichkrone Petkum und für den Sportplatz FT 03 verzichtet, da seitens der Verwaltung zugesagt worden sei, dieses aus dem laufenden Haushalt zu bestreiten.

**Herr Hemken** weist darauf hin, dass es in der Vorlage bezüglich des BSV Kickers heißen müsse,

Darlehen 450.000,00 DM.  
Ankauf 300.000,00 DM (für Sportfläche).

Bezüglich eines Wanderweges in Petkum müsse beachtet werden, dass die zuständige Deichacht sich hier zu 50 % beteiligen solle.

**Herr Janßen** führt aus, dass er ebenfalls die Nachtragshaushaltssatzung begrüße. Anführen möchte er jedoch, dass die Agenda 21 und die A 31 nicht berücksichtigt worden seien und im Schulbereich zu wenig investiert werde. Bezüglich der Schulen bittet er um Mitteilung, ob die veranschlagten Mittel noch in diesem Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Des Weiteren könne die CDU den enthaltenen Ansatz für den Sportverein Blau Weiß Borssum nicht mittragen, da grundsätzlich eine Förderung eines Gewerbebetriebes nicht erfolgen dürfe.

Zum Ansatz Spöldeel Transvaal könne die vorliegende Begründung, es müsse ein Fluchtweg in der Schule geschaffen werden, nicht der tatsächliche Grund sein.

**Herr Hemken** führt dazu aus, dass es sicherlich noch Defizite gebe, aber der Haushalt 2001 bereits in Planung sei, und er bitte somit um Geduld. Zur A 31 führt er aus, dass noch nicht geklärt sei, wann welche Summen gezahlt werden müssen. Es sei keine Zahlung mehr in 2000 erforderlich eventuell in 2001.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

Zu den Investitionen im Baubereich gibt er an, dass in 2000 bereits begonnen werde, und in 2001 diese Maßnahmen fortgesetzt werden sollen. Es könne hier nicht gesagt werden, wann dort Zahlungen geleistet werden müssten. Zum Ansatz Spöldeel Transvaal teilt er mit, dass hier verschiedene Zwecke erreicht werden und dieser Zuschuss auch an die Schule gezahlt werden könne.

**Herr Röttgers** führt ergänzend aus, dass im Schulbereich Aufträge erteilt werden und daher die Mittel bereitgestellt werden müssen. Es gebe jedoch verschiedene Möglichkeiten und Planungsvarianten.

Zum Ansatz Spöldeel Transvaal teilt er mit, dass auch die Schule den Fluchtweg/Hinterbühne wünsche.

**Herr Renken** führt aus, dass der Nachtragshaushalt sich grundsätzlich positiv für die Stadt auswirke. Der Rat könne jedoch auf Grund fehlender Informationen Folgen und Folgekosten nicht abschätzen. Bezüglich der Ansätze für den Verein Blau Weiß Borssum und die Schulen könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls auf Grund der von Herrn Janßen bereits vorgetragenen Argumentation nicht zustimmen.

Zum Ansatz Spöldeel Transvaal liegen widersprüchliche Informationen vor.

**Herr Bolinius** führt aus, dass er grundsätzlich mit der Nachtragshaushaltssatzung sehr zufrieden sei. Zum Ansatz Spöldeel Transvaal führt er aus, dass diese Mittel zur Errichtung eines Fahrradweges am Deich in Petkum verwendet werden sollten zur Förderung des Tourismus. Den Ansätzen für den Verein Blau Weiß Borssum und den Verein FT 03 könne er zustimmen. Zu einem gestellten Antrag bezüglich einer sozialen Kraft für die Begegnungsstätte "Kom rin" liege bisher keine Antwort vor. Zusammenfassend könne er jedoch der Nachtragshaushaltssatzung zustimmen und werde dies ebenfalls im Rat tun.

**Herr Röttgers** führt aus, dass die Deichverteidigungswege keine Aufgabe der Stadt darstellen, und dass die zuständigen Stellen handeln müssen. Daher sei es nicht angezeigt, derzeitig dort zu investieren. Seitens der Deichacht sei bereits eine 50 %ige Übernahme der Kosten bezüglich des Deichwanderweges zugesagt.

**Herr Grigull** führt zum Ansatz Spöldeel Transvaal aus, dass in vergangenen Jahren diverse Sportvereine bezuschusst worden seien und nun das erste Mal ein Zuschuss für die Spöldeel gewährt werden solle. Die Spöldeel zahle laufend Gebühren für die Benutzung der Aula und trage zur Verbindung Schule/Bevölkerung bei. Ein Notausgang sei bei gefüllter Aula dringend erforderlich, sowohl bei Veranstaltungen der Schule als auch bei Veranstaltungen der Spöldeel.

Es schließt sich eine Diskussion zu diesem Thema zwischen den **Herren Grigull, Bolinius, Leeker, Janßen, Röttgers** und **Renken an**.

**Herr Leeker** lässt im Anschluss daran abstimmen, ob der Zuschuss Spöldeel Transvaal im Schulbereich zu veranschlagen sei.

Ergebnis: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**Herr Janßen** beantragt darauf hin, den Ansatz Blau Weiß Borssum zu streichen. Die Abstimmung ergibt: Der Antrag wird mit Mehrheit bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

## **Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 20.06.2000**

---

Nachdem **Herr Janßen** eingewandt hat, dass Herr Südhoff als erster Vorsitzender des Vereins Blau Weiß Borssum sich an der Abstimmung nicht beteiligen dürfe, wird die Abstimmung wiederholt.

Ergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung.

(**Herr Bolinius** bittet im Protokoll aufzunehmen, dass die F.D.P. zwar nicht stimmberechtigt sei, jedoch für den Ansatz Blau Weiß Borssum in der Nachtragshaushaltssatzung stimmen würde.)

**Herr Leeker** lässt nun über die Vorlage 13/1237 (I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000) abstimmen.

Beschluss: Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2000.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dagegen: 4

(**Herr Bolinius** bittet im Protokoll aufzunehmen, dass er im Rat für die I. Nachtragshaushaltssatzung stimmen würde).

Punkt 11: Vorlage 13/1238  
Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2001

**Herr Leeker** führt aus, dass Herr Hemken weitere Informationen zum Eckdatenbeschluss geben möchte, dies jedoch nicht in der öffentlichen Sitzung, sondern in der nichtöffentlichen Sitzung tun möchte, da eventuell das Steuergeheimnis hier tangiert sei.

**Herr Leeker** lässt über die Verweisung des Tagesordnungspunktes 11. in die nichtöffentliche Sitzung abstimmen.

Ergebnis: Der Tagesordnungspunkt 11. wird in die nichtöffentliche Sitzung einstimmig verwiesen.

Punkt 12: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

Punkt 13: Anfragen

Keine

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.